

amnesty international

TOGO

**« Ich will wissen, warum man
meinen Sohn getötet hat »**



Inoffizielle Übersetzung, herausgegeben von der Togo-Koordinationsgruppe der
deutschen Sektion von amnesty international
Verbindlich ist das französische Original

**18. Januar 2007
Index AI: AFR 57/001/2007**

INTERNATIONAL SECRETARIAT, 1 EASTON STREET, LONDON WC1X 0DW, UNITED KINGDOM

TOGO

«Ich will wissen, warum man meinen Sohn getötet hat»

I. EINFÜHRUNG

Zum ersten Mal haben sich in Togo mehr als hundert von Menschenrechtsverletzungen betroffene Opfer für eine Sammelklage in einem Verband zusammengetan, um vor Gericht Strafanzeige zu erstatten und Wiedergutmachung zu erhalten. amnesty international hat ca. 40 dieser Personen getroffen, die Opfer der während der Übergangsperiode nach dem Tod von Präsident Gnassingbé Eyadema im Februar 2005 begangenen Gewalttaten wurden. Diese Opfer gehören verschiedenen politischen Richtungen an, einige stehen den Oppositionsparteien nahe, andere sind Mitglieder der Regierungspartei, viele andere sind einfache Bürger.

Während der gesamten Togo-Mission im Juli 2006 wurde die Delegation von amnesty international immer wieder überrascht von der Entschlossenheit der Opfer und ihrer Familien, Wiedergutmachung zu erhalten und zu verstehen, wie solche Gewalttaten ohne jede Bestrafung stattfinden konnten. Dank des Mutes dieser Opfer und dank ihres Wunsches, dass es in Togo niemals mehr zu derartigen Ereignissen kommen darf, konnte ein Kollektiv von Vereinigungen gegen die Straflosigkeit in Togo (Collectif d'associations contre l'impunité au Togo, CACIT) gegründet werden, um die Klageerhebung vorzubereiten.

amnesty international veröffentlicht das vorliegende Dokument, damit die Stimmen dieser Opfer nicht durch die Untätigkeit der politischen und gerichtlichen Behörden untergehen und damit endlich, nach Jahrzehnten totaler Straflosigkeit, Gerechtigkeit geschieht.

Es ist jetzt tatsächlich sehr wichtig, dass die bereits erstatteten oder in naher Zukunft zu erwartenden Strafanzeigen von den Justizbehörden in aller Unabhängigkeit und Unparteilichkeit geprüft werden, wozu Togo nach den Grundsätzen des internationalen Rechts angehalten ist. In dieser Hinsicht ist es unabdingbar, dass die Opfer, ihre Familien, die Zeugen und die Menschenrechtsverteidiger einen besonderen Schutz genießen, der es ihnen erlaubt, ohne Angst vor Gericht Zeugnis abzulegen.

Während Togo sich darauf vorbereitet, für Juni 2007 geplante Wahlen zu organisieren, müssen die Behörden auch tief greifende Reformen in Angriff nehmen, damit solche Ereignisse nicht wieder vorkommen. Diese wichtigen Reformen müssen vor allem darauf zielen, eine wirksame Kontrolle der Armee und der Sicherheitskräfte durch zivile Behörden sicherzustellen und die Unabhängigkeit der Justiz zu stärken. Das wäre die beste Methode, den Opfern, den mutmaßlichen Tätern und der gesamten Bevölkerung zu vermitteln, dass derartige Menschenrechtsverletzungen künftig nicht ungestraft begangen werden können.

Da nun gerade eine neue Regierung in Togo ernannt worden ist, glaubt amnesty international, dass die Behörden eine historische Chance haben, sich auf gleicher Höhe mit dem Mut der Opfer der Gewalttätigkeiten von 2005 zu zeigen, indem sie deren Hoffnungen auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung entsprechen.

II. KONTEXT

Die extremen Gewalttaten nach dem Tod von Präsident Eyadema haben zu Hunderten von Toten und Verletzten geführt und Zehntausende, die dann in den Nachbarländern Benin und Ghana Zuflucht gefunden haben, ins Exil gezwungen. Die Gewalttaten fanden vor allem während der Präsidentschaftswahl im April 2005 statt. Diese Wahl gewann nach offiziellen Angaben Faure

Gnassingbé, der Sohn des verstorbenen Präsidenten, nach einem von Unregelmäßigkeiten geprägten Wahlgang.¹

In Folge dieser Ereignisse richteten die togoischen Behörden im Mai 2005 eine Nationale Unabhängige Sonderuntersuchungskommission ein (gemeinhin nach dem Namen ihres Vorsitzenden, des ehemaligen Premierministers Rechtsanwalt Koffigoh, «Commission Koffigoh» genannt). Die Vereinten Nationen beschlossenen ihrerseits eine Mission zur Ermittlung der Fakten. Diese beiden Untersuchungen haben die Schwere der sowohl von den Sicherheitskräften und regierungsnahen Milizen als auch von den Anhängern der Opposition begangenen Ausschreitungen unterstrichen. Am Ende ihrer Arbeit übergab die «Commission nationale spéciale d'enquête indépendante» dem Staatschef eine Liste mit den Namen der von den Opfern genannten mutmaßlichen Täter und Auftraggeber («*Liste nominative des auteurs et commanditaires présumés cités par les victimes*»).

Wenn diese beiden Untersuchungen in ihren Berichten auch explizit ein Ende der Straflosigkeit sowie Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für die Opfer der Gewalttaten gefordert haben,² so wurde dennoch keiner der mutmaßlichen Täter bis zum heutigen Tag strafverfolgt. Diese Untätigkeit bedeutet eine Leugnung des Leidens der Opfer, zu welcher politischen oder ethnischen Gruppe sie auch gehören mögen, und sie birgt die Gefahr in sich, diejenigen zu entmutigen, für die die Aufdeckung der Wahrheit und die Gewährung von Gerechtigkeit eine Voraussetzung ist, um sich wieder aufrichten zu können. Vor allem ist es nötig, dass die Angehörigen der Sicherheitskräfte und der Milizen, die für diese Taten, vor allem für außergerichtliche Hinrichtungen und Folterungen verantwortlich sind, von der Justiz in einem angemessenen Zeitraum und unter Achtung der fundamentalen Prozessregeln strafverfolgt werden, sobald genügend Beweise gesammelt sind.

Im März 2006 verkündete der damalige togoische Premierminister Edem Kodjo, dass er die Polizei- und Justizbehörden eindringlich angewiesen habe, «*alle Strafverfolgungen hinsichtlich aller Personen, die verdächtigt werden, Vergehen oder Delikte in engem Zusammenhang mit der Wahl begangen zu haben, fallen zu lassen*», außer bei den Personen, die man verdächtigt, «*Schwerverbrechen*» («*crimes de sang*») begangen zu haben.³

Nach offiziellen Angaben verfasst, um eine Botschaft der nationalen Versöhnung auszusenden, hat dieser Rundbrief die Opfer der Gewalttaten von 2005, zu welcher Gruppe sie auch immer gehören, nur entmutigt; er wurde als ein Zeichen dafür verstanden, dass die Behörden nicht bereit waren, von den Urhebern der Ausschreitungen Rechenschaft zu verlangen.

Die togoischen Behörden haben sich strikt gegen den Vorwurf verwahrt, die nahezu totale Straflosigkeit, die in Togo seit Jahrzehnten herrscht, weiter andauern zu lassen. Bei einem Treffen mit einer Delegation von amnesty international im Juli 2006 bekräftigte der damalige Premierminister Edem Kodjo insbesondere: «*Die Straflosigkeit hat wohl lange gedauert, aber sie wird nicht weitergehen.*»

Im August 2006 wurde von allen Gruppen, die am innertogoischen Dialog zwischen den wichtigsten politischen Parteien und zwei Organisationen der Zivilgesellschaft teilnahmen, eine allgemeine politische Übereinkunft unterzeichnet («*Accord politique global*») mit dem Ziel, einen Ausweg aus der politischen Krise Togos zu finden. Eine der Bestimmungen in dieser Übereinkunft sieht die Gründung einer Kommission vor, «*die beauftragt wird, die von 1958 bis heute begangenen politisch motivierten Gewalttaten aufzudecken und Modalitäten zu einer Befriedigung der Opfer auszuloten.*» Jedenfalls darf die Ankündigung dieser Maßnahme keineswegs die durch die togoische Justiz

¹ Siehe die Dokumente von amnesty international: *Togo. Une transition à hauts risques*, 18. März 2005, Index ai: AFR 57/008/2005 und *Togo. L'histoire va-t-elle se répéter ?*, 20. Juli 2005, Index ai: AFR 57/012/2005

² Zu den Details dieser Empfehlungen siehe weiter unten, Teil II dieses Dokuments

³ Bei ihrem Treffen mit dem togoischen Premierminister Edem Kodjo im Juli 2006 forderte die Delegation von amnesty international Aufklärung darüber, was der Ausdruck «*crime de sang*» bedeute. Es war unmöglich, von den togoischen Behörden eine genaue Erklärung für diesen Begriff zu bekommen, den es in der Gesetzgebung Togos nicht gibt.

vorzunehmende Prüfung der Strafanzeigen der Opfer von politischen Gewalttaten im Jahr 2005, die bereits gestellt wurden oder noch gestellt werden, verzögern.

III. DER KAMPF GEGEN DIE STRAFLOSIGKEIT: VON WORTEN ZU TATEN

Die Notwendigkeit, die Straflosigkeit in Togo zu beenden, wurde immer wieder von zahlreichen internationalen Organisationen sowie Nicht-Regierungs-Organisationen unterstrichen. Die UNO hat vor allem die *«Notwendigkeit, die 38 Jahre unter der Regierung des ehemaligen togoischen Präsidenten andauernde Kultur der Straflosigkeit zu beenden»*, hervorgehoben.⁴ Im übrigen empfahl die Mission der Vereinten Nationen zur Ermittlung der Fakten, die im Juni 2005 in Togo eine Untersuchung über die während der Wahlperiode begangenen Straftaten durchführte, in ihrem Bericht, dass *«der Dreierschritt Wahrheit – Gerechtigkeit – Versöhnung die zentrale Grundlage jedes dauerhaften Programms zu einer gründlichen Bewältigung der togoischen Krise sein müsste.»*⁵

Die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Straflosigkeit wurde auch von den wichtigsten politischen Akteuren in Togo wahrgenommen. So sagt die im August 2006 unterzeichnete allgemeine politische Übereinkunft, die einen Ausweg aus der politischen Krise Togos finden soll, aus, dass *«Straflosigkeit nach politisch motivierten Gewalttaten ein schwerwiegendes Problem ist, welches Togo immer gekannt hat, vor allem in Zeiten von Wahlen.»* Die Übereinkunft sagt auch, dass *«die am Nationalen Dialog teilnehmenden Gruppen sich einig sind, eine Kommission zur Aufklärung politisch motivierter Gewalttaten von 1958 bis heute und zur Prüfung der Frage, wie die Opfer befriedigt werden können, zu gründen.»*

Im übrigen hatten sich die togoischen Behörden bereits gegenüber der Europäischen Union verpflichtet, *«die Täter, die bewiesenermaßen extralegale Hinrichtungen, Folter und erniedrigende und unmenschliche Handlungen begangen haben, mit juristischen oder disziplinarischen Maßnahmen verfolgen zu lassen.»*⁶

amnesty international nimmt diese Verpflichtungserklärungen zur Kenntnis und ruft die togoischen Behörden dazu auf, diesen Worten so schnell wie möglich Taten folgen zu lassen. Die Organisation glaubt, dass die in der allgemeinen Übereinkunft vorgesehene Kommission für die togoischen Behörden eines der Mittel sein muss, um den Anspruch der Opfer von Menschenrechtsverletzungen auf einen wirksamen Rechtsschutz zu respektieren, zu schützen und zu realisieren, gemäß Togos Verpflichtungen gegenüber dem internationalen Recht.⁷

Dennoch glaubt amnesty international, dass die Forderung der Opfer nach Gerechtigkeit keinesfalls wegen der Gründung dieser Kommission verschoben werden oder von ihr abhängen darf. Togo ist

⁴ Bericht des Generalsekretärs der UNO zur Straflosigkeit, Paragraph 41, E/CN.4/2006/89, 15. Februar 2006

⁵ Bericht der UN-Mission zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen in Togo im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen vom 24. April 2005 : Rapport de la mission d'établissement des faits chargée de faire la lumière sur les violences et les allégations de violations des droits de l'homme survenues au Togo avant, pendant et après l'élection présidentielle du 24 avril 2005, 29 août 2005

⁶ Verpflichtung 2.6. der 22 Verpflichtungen Togos gegenüber der EU, siehe das Dokument «Beginn von Konsultationen der Paritätischen Versammlung AKP-EU nach Artikel 96 des Abkommens von Cotonou, Beschlüsse der Europäischen Union», Presseerklärung des EU-Rats, 8232/04 (Presse 106), Brüssel, 14. April 2004

⁷ Der Anspruch der Opfer von Menschenrechtsverletzungen auf wirksamen Rechtsschutz ist festgeschrieben in Art.2 (3) des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, der 1984 von Togo ratifiziert wurde. Er ist ebenfalls verankert in Art.7 der Afrikanischen Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker, in Art. 8 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, in Art.6 des Internationalen Abkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, in Art.14 des Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe und in Art. 39 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes.

gemäß internationalem Recht gehalten, gerichtliche Untersuchungen einzuleiten und die mutmaßlichen Täter gerichtlich zu verfolgen.⁸

Erste Nachforschungen wurden von der Nationalen Unabhängigen Sonderuntersuchungskommission getätigt. Diese hatte als Auftrag, «*Nachforschungen anzustellen, um die Einzelheiten dieser Gewalttaten und dieser Akte des Vandalismus herauszufinden, den vom Staat und allen anderen Opfern erlittenen Schaden festzulegen und gegen die Täter und die Auftraggeber dieser Taten gerichtlich vorzugehen*». Diese Kommission, die sich mit zahlreichen Opfern verschiedener Herkunft und verschiedener politischer Ausrichtung unterhalten hat, hat in ihrem Bericht ausdrücklich betont, dass «*die Täter und Auftraggeber der Gewalttaten in Anwendung des Dekrets zur Gründung der Nationalen Unabhängigen Sonderuntersuchungskommission verfolgt werden müssen*». Die Untersuchungskommission hat in ihren Schlussfolgerungen auch ausgeführt, dass «*diese Strafverfolgungen, abgesehen davon, dass sie erlauben, den Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die nationale Versöhnung fördern werden, indem sie der Straflosigkeit von Tätern und Anstiftern ein Ende setzen und der Wiederholungsgefahr entgegenreten*». Bei der Veröffentlichung dieses Berichts übergab der Vorsitzende der Kommission, Koffigoh, dem Staatschef auch eine «*Liste mit den Namen der von den Opfern genannten mutmaßlichen Täter und Auftraggeber*». Nach Kenntnis von amnesty international haben die Behörden der Arbeit der Kommission nichts nachfolgen lassen. Kein mutmaßlicher Täter wurde der Justiz übergeben und kein Opfer erhielt Wiedergutmachung.

Das internationale Recht spricht den Opfern von schweren Verstößen gegen die Menschenrechte wirksamen Rechtsschutz zu, der sowohl die Aufdeckung der Wahrheit als auch den Zugang zur Justiz und die Gewährung von Wiedergutmachung umfasst.

Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigung : drei Grundvoraussetzungen für einen wirksamen Rechtsschutz

Die Verpflichtung, dem Anspruch der Opfer auf einen wirksamen Rechtsschutz nachzukommen, umfasst drei Elemente :

Wahrheit : Sammeln von Fakten, um Licht in die Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen zu bringen.

Gerechtigkeit : Durchführung von Untersuchungen über die Verletzung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen und Verfolgung der Verursacher dieser Verletzungen.

Entschädigung : Sicherstellung einer vollständigen und wirksamen Entschädigung für die Opfer und deren Familien vor allem in folgender Form: Restitution, Entschädigung, Rehabilitierung, Genugtuung und Garantien für die Nichtwiederholung der Vorfälle.

Die Grundprinzipien und Leitlinien bezüglich des Anspruchs auf Rechtsschutz und Entschädigung der Opfer schwerer Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und offensichtlicher Verletzungen des internationalen Menschenrechts [im Folgenden: Grundprinzipien und Leitlinien bezüglich des Anspruchs auf Rechtsschutz und Wiedergutmachung] sind die folgenden:

« Im Einklang mit dem innerstaatlichen Recht und dem Völkerrecht sowie unter Berücksichtigung der Umstände des jeweiligen Einzelfalls sollen die Opfer von groben Verletzungen der internationalen Menschenrechtsnormen und schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht, soweit

⁸ Togo ist Unterzeichner des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte und des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung. Art. 12 dieses Textes präzisiert: «Jeder Vertragsstaat trägt dafür Sorge, dass seine zuständigen Behörden umgehend eine unparteiische Untersuchung durchführen, sobald ein hinreichender Grund für die Annahme besteht, dass in einem seiner Hoheitsgewalt unterstehenden Gebiet eine Folterhandlung begangen wurde.»

angebracht und der Schwere der Verletzungen oder des Verstoßes sowie den Umständen des Einzelfalls angemessen, volle und wirksame Wiedergutmachung erhalten, wie in den Grundsätzen 19 bis 23 festgelegt, wobei diese die folgenden Formen annehmen kann: Restitution, Entschädigung, Rehabilitierung, Genugtuung und Garantien der Nichtwiederholung.⁹ »

IV. STIMMEN DER OPFER

Das Bedürfnis nach Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung wurde deutlich von zahlreichen Opfern der Gewalttaten von 2005 ausgedrückt, die von der Mission von amnesty international im Juli 2006 getroffen wurden. Die Organisation legt hier die Aussagen von einigen dieser Opfer nieder, um dazu beizutragen, dass ihr Appell von der Obrigkeit Togos gehört wird, damit ihnen Gerechtigkeit und Entschädigung zuteil wird. Diese Opfer werden nicht von dem Wunsch nach Rache bewegt, sondern sie wollen verstehen, was ihnen geschehen ist, um sich physisch und moralisch wieder aufrichten zu können.

a) Das Recht auf Wahrheit

« *Ich weiß nicht, was ich ihnen getan habe.* » « *Ich will verstehen, ein Mensch ist kein Tier, das man tötet.* » « *Ich möchte wissen, was ich Böses getan habe, um dermaßen misshandelt zu werden.* » Diese Fragen wurden von fast allen togoischen Opfern gestellt, die amnesty international im Juli 2006 getroffen hat.

Bevor sie Gerechtigkeit und Entschädigung forderten, haben alle diese Opfer, zu welcher sozialen oder ethnischen Herkunft und politischen Einstellung sie auch gehörten, gegenüber amnesty international ihr Bedürfnis danach ausgedrückt, zu verstehen, wie ein Ausbruch von Gewalt so plötzlich, ohne Beispiel in den vergangenen Jahren, ihr Leben und dasjenige ihnen nahe stehender Personen zerstören konnte.

Diesem Recht auf Wahrheit wird durch das internationale Recht entsprochen, im Besonderen durch die Grundprinzipien und Leitlinien bezüglich des Anspruchs auf Rechtsschutz und Wiedergutmachung. Dieser Text sieht explizit vor, dass « *die Verifizierung der Tatsachen und die vollständige und öffentliche Bekanntmachung der Wahrheit* » und/oder « *eine öffentliche Entschuldigung, einschließlich der Anerkennung der Tatsachen und der Übernahme der Verantwortung* » unabdingbare Elemente einer vollständigen und wirksamen Entschädigung sind.

amnesty international stellt im Folgenden die Fälle einiger Opfer vor, die, jeder nach seiner Art, den Durst nach Wahrheit bezeugen, der die Opfer oder die Eltern der in der Zeit nach dem Tod des Präsidenten Eyadema im Februar 2005 getöteten oder verletzten Personen antreibt.

So sind am 27. Februar 2005 während einer Demonstration der Opposition Sicherheitskräfte in die Häuser einiger Personen eingedrungen, von denen angenommen wurde, sie seien Anhänger der Opposition. An diesem Tag war **Yao ADUKPO**, ein Chauffeur in Ausbildung und Sympathisant der Oppositionspartei *Convention Démocratique des Peuples Africains* (CDPA), damit beschäftigt, das Auto seines Chefs zu waschen.

« Es war gegen 13 Uhr, im Viertel Bè, ich wusste nicht, dass eine Demonstration stattfand. Ich war dabei zu essen, als die bérêts rouges in das Haus kamen. Ich saß an der Tür, sie kamen auf mich zu. Sie schlugen mich, während ich auf der Schwelle des Hauses saß, und beschuldigten mich, Steine geworfen zu haben. Die anderen Bewohner des Hauses haben sich

⁹ Grundprinzipien bezüglich des Anspruchs auf Rechtsschutz und Wiedergutmachung, durch die Resolution 60/147 der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 16 Dezember 2005 beschlossen und veröffentlicht, Doc. UN A/RES/60/147, Paragraph 18.

unter dem Bett versteckt. Ich habe um Gnade gefleht. Sie haben mich lange mit Knüppeln geschlagen. Sie waren mehr als dreißig Soldaten. Während man mich schlug, gab ihr Chef den Befehl, auf mich zu schießen. Ich wurde von einer Kugel im Auge getroffen, und sie ließen von mir ab. Zwei junge Leute brachten mich zur nächstgelegenen Ambulanz, ich blieb zwei Monate im Krankenhaus. Ich habe oft Kopfschmerzen, mein Chef hilft mir ein wenig, zu überleben. »

« Ich habe nichts Konkretes gegen sie, aber ich möchte verstehen »

Yao ADUKPO erklärte amnesty international, warum er Klage erheben möchte. *« Ich will klagen, weil ich nicht verstehe, warum sie zu mir gekommen sind und so gehandelt haben. Ich habe nichts Konkretes gegen sie, aber ich will wissen, warum. Ich möchte, dass man mir hilft, Arbeit zu finden, damit ich für mich selbst sorgen kann.»*

Vergleichbare Attacken gegen Wohnungen vermuteter oder erwiesener Anhänger der Opposition fanden auch an den Tagen direkt nach der Verkündung der Ergebnisse der Präsidentschaftswahl am 26. April 2005 statt. So haben Mitglieder der togoischen Armee (*Forces armées togolaises*, FAT) am 27. April 2005 das Haus von **Amavi EKOUE**, einem Chauffeur aus dem Viertel Kagomé, angegriffen. *«Gegen 9 Uhr morgens wurde unser Haus von den FAT eingekreist : Ich sah einen Jeep mit vier oder fünf Personen. Sie trugen schwarze Kapuzen, eine Art „keffieh“. Sie haben auf mich geschossen. Ich war allein vor meiner Türschwelle. Als sie schossen, fiel ich zu Boden. Sie stiegen von ihrem Fahrzeug, um mich zu verprügeln. Ich schrie und meine Frau kam heraus. Sie verprügelten meine Frau, die schwanger war, und sagten: Das sind sie, sie sind die Banditen in Lomé, man muss sie schlagen.»*

Als Folge der Schussverletzung und der Schläge fiel Amavi EKOUE in Ohnmacht. Er wachte vier Tage später im Krankenhaus von Afagnan wieder auf, wo er zwei Monate bleiben musste.

«Was habe ich eigentlich getan? »

Amavi EKOUE will klagen, weil er wissen möchte, was er getan hat, um dieses Schicksal verdient zu haben: *«Neben meiner Wirbelsäule steckt immer noch eine Kugel. Meine Frau, die von Militärs geschlagen wurde, hat 14 Tage später ein Kind geboren; das Kind hat Kieferprobleme. Ich glaube, dass das von den Schlägen kommt, die meine Frau von den Ordnungskräften bekommen hat. Warum hat man mich verletzt? Was habe ich eigentlich getan? Ich möchte die Wahrheit. Das ist alles.»*

Mehr als ein Jahr nach diesen Ereignissen begreifen einige Eltern von Opfern das Unglück, das ihnen geschehen ist, nicht; ihre Gesundheit hat Schaden genommen. Das ist der Fall bei **Béatrice FOLLY NUTCHOU**, deren Sohn, **Messan Sylvestre NUTCHOU**, 32 Jahre alt, im Hof ihres Hauses von regierungsnahen Milizen getötet wurde. Frau FOLLY NUTCHOU berichtete amnesty international:

« Ich bin seit dem Tod meines Sohnes nicht wieder gesund geworden. Bis April 2005 war ich Wiederverkäuferin, im Moment kann ich nicht mehr arbeiten. Zum Zeitpunkt der Ausgabe der Wählerkarten wollte er seine Karte abholen, aber der Herr fragte ihn nach seiner Geburtsurkunde. Mein Kind hat darauf bestanden, seine Karte zu bekommen und der Herr war gezwungen, sie ihm zu geben. Am 26. April sind alle in die Berge geflohen, ich habe Schüsse gehört. Ich wusste nicht, dass eine Liste mit Namen von jungen Leuten, die getötet werden sollten, vorbereitet worden war und dass mein Sohn auf dieser Liste stand. Der Alte, der ihm keine Wählerkarte geben wollte, meinte, dass dieser Junge ihn nicht genug geachtet habe, und beschloss, dass er getötet werden müsse. Mein Sohn, der gerade Wasser aus dem Brunnen im Hof geholt hatte, ging hinaus und bekam eine Kugel in die Stirn. Ich wusste nichts von alledem und suchte ihn im Haus. Sie haben uns Ziegel auf das Dach geworfen und gesagt, dass sie meinen Sohn suchten. Sie sagten, dass sie das Haus, in dem er sich versteckte, niederbrennen würden. Die Jungen wollten alle töten. Als ich den Körper meines Sohnes im Hof fand, halfen mir einige junge Leute, den Körper aufzuheben, er war völlig zerstört. »

«Ich möchte verstehen, warum sie ihn getötet haben, und dann werde ich ruhig sein »

Béatrice FOLLY NUTCHOU hat vor der Koffigoh-Kommission erzählt, was ihr widerfahren ist, aber «bis jetzt hat überhaupt keine Untersuchung stattgefunden.» Sie will daher Klage bei der togoischen Justiz einreichen: «Mein Kind, das kenne ich; er ist kein Bandit, er gehörte zu keiner Bande. Er hat ja kaum gesprochen. Wenn mein Sohn ein Bandit gewesen wäre, wäre ich damit einverstanden, wenn Gott ihn bestrafen würde, aber er ging ja kaum aus, hatte wenige Freunde. Man erwartet so etwas nicht. Ein Leben ist viel wert, ich möchte verstehen, warum sie ihn getötet haben, und dann werde ich ruhig sein.»

b) Das Recht auf juristische Aufarbeitung

Das Recht auf juristische Aufarbeitung ist ebenfalls in zahlreichen internationalen Texten vorgesehen. Zum Beispiel wird durch die Grundprinzipien und Leitlinien bezüglich des Anspruchs auf Rechtsschutz und Wiedergutmachung festgelegt: «Opfer einer groben Verletzung der internationalen Menschenrechtsnormen oder eines schweren Verstößes gegen das humanitäre Völkerrecht erhalten gemäß dem Völkerrecht gleichen Zugang zu einem wirksamen Rechtsbehelf.»

Alle Opfer, die amnesty international getroffen hat, warten immer noch darauf, dass ihnen Gerechtigkeit widerfährt, und das ist der Grund dafür, warum sich Dutzende von ihnen entschieden haben, Klage zu erheben. Das ist auch der Fall bei **Patrice FANOU**, Vater eines sechsjährigen Kindes, das am 26. April 2005, dem Tag der Verkündung der Ergebnisse der Präsidentschaftswahl, in Lomé von einer Kugel getötet wurde. Er berichtete amnesty international:

«Ich war mit meiner Frau und drei Kindern zu Hause. Ich war unruhig, ich bin kein Aktivist der UFC, aber Sympathisant, ich hatte nicht die geringste Drohung erhalten. Um 16:30 Uhr ruhten wir uns gerade aus. Plötzlich bemerkten wir, dass sie kamen. Ich stand auf und sagte meiner Frau, sie solle die Tür abschließen. Es gab zwei Fenster: wir haben das hintere geschlossen, und ich wollte gerade dasjenige schließen, das zur Tür hingehört. Eine Stimme von draußen befahl uns, aus dem Zimmer zu kommen. Sie schossen ins Zimmer und die Kugel flog zwischen mir und meiner Frau hindurch. Wir haben uns unter dem Bett versteckt, eines unserer Kinder, **Kokou Marcellin FANOU**, geboren am 24. März 1999, schlief auf dem Boden, die Kugel traf ihn am Kiefer. Ich versuchte, das Kind unter das Bett zu ziehen, und dort merkte ich, dass es tot war. Ich bin aufgestanden und habe gesehen, dass die Angreifer das Abzeichen mit dem Bild Faures trugen und mit Militärfahrzeugen gekommen waren.»

«Diese Leute müssen verurteilt werden, damit das aufhört»

Patrice FANOU will Klage erheben, um zu verstehen, was ihm widerfahren ist, damit sich diese Dinge nicht wiederholen: «Es drangen Leute in unser Zimmer ein und schossen mit scharfer Munition um sich. Ich will wissen, warum sie meinen Sohn getötet haben. Warum haben sie in unser Zimmer geschossen? Was war deren Antrieb? War es, um die Leute aus den Häusern zu zwingen? Diese Männer waren von einem bösen Geist beseelt, andernfalls hätten sie in die Luft geschossen und nicht in das Zimmer. Das ist unrecht, die Verantwortlichen müssen vernommen werden und sie müssen sagen, warum sie das getan haben. Da nichts getan wurde, um die Schuldigen zu identifizieren, glaube ich, dass sie Verbindungen zur Obrigkeit haben. Sie müssen verurteilt werden, und wir müssen entschädigt werden. Wenn die Schuldigen bestraft werden, erleichtert das, es erfüllt nicht alle Erwartungen, aber es erleichtert. Diese Menschen müssen verurteilt werden, damit das aufhört.»

Sikiratou DOSSOU, deren Mann **Sonou DOSSOU** am 26. April 2005 von Milizen, die der RPT nahe stehen, in Atakpamé, einer Stadt rund 160 km nördlich von Lomé, getötet wurde, verlangt ebenfalls, dass ihr Gerechtigkeit widerfährt :

«Am Tag der Verkündung der Ergebnisse waren wir alle zu Hause. Man konnte Lärm aus Richtung Keita (wo sich der Sitz der RPT befindet) hören. Mein Mann hat darum alle

aufgefordert, sich einzuschließen. Wir haben uns verbarrikadiert. Dann haben wir Schüsse gehört: Sie schossen auf die hintere Wand. Wir sind alle herausgelaufen und haben in einem weiter entfernten Zimmer Schutz gesucht. Mein Mann hat die Kinder aufgefordert zu flüchten. Er war behindert, er war auf Krücken angewiesen und konnte nicht fliehen. Ich blieb bei ihm. Aber als die Schüsse immer mehr wurden, wollte ich auch fortlaufen, aber ich konnte doch meinen Mann nicht allein lassen. Einen Moment später kletterte jemand über die Mauer und sagte: „Wir, die Kabye,¹⁰ werden euch in diesem Dorf ausrotten.“ Wir hatten die Tür blockiert, aber sie schlugen daran und das Tor öffnete sich. Mehr als zwanzig Leute kamen herein. Sie wollten meinen Mann angreifen, aber ich habe mich dazwischen geworfen. Ich habe um Gnade gefleht. Sie sind daraufhin wieder gegangen, aber diejenigen, die draußen waren, sagten: „Das ist er, das ist hier“. Mein Mann verließ das Zimmer und versteckte sich in einem Winkel. »

Um Sonou DOSSOU wieder zu finden, befragten die Milizen seine Frau, einer von ihnen hat versucht, sie zu vergewaltigen. *«Ich bekam einen Schlag mit einer Machete auf den Rücken und einen Stockschlag auf den Oberschenkel. Man fragte mich, wo mein Mann sei. Ich antwortete, dass ich allein sei. Ein weiterer sagte, ich solle meine Unterhose ausziehen, da er mich vergewaltigen wollte. Er versuchte meine Hose zu zerreißen. Daraufhin kam mein Mann aus seinem Versteck. Sie haben ihn geschlagen, und derjenige, der das Gewehr hatte, hat geschossen. Meine beiden jüngsten Kinder waren da und haben gezittert. Die Männer haben zwei Reifen um meinen mit dem Tode kämpfenden Mann gelegt: zuerst haben sie ihm in die Füße geschossen, dann die Arme zerschlagen.»* Trotz dieser Akte extremer Gewalt scheint es, dass diese Milizen nicht unkontrolliert handelten, denn als ein Mitglied der Miliz Frau DOSSOU töten wollte, hat ein anderer zu ihm gesagt: *«Man hat uns gesagt, nicht die Frauen zu töten».*

«Ich bestehe darauf, dass Recht gesprochen wird, denn diese Männer haben das Leben meiner Kinder mit Füßen getreten »

Sikiratou DOSSOU hat vor der Koffigoh-Kommission ausgesagt und sich entschieden, Klage zu erheben: *«Ich möchte verstehen, warum man meinen Mann so behandelt hat. Im Moment stehen wir in der Schuld der Priester, sie geben uns zu essen. Ich habe kein Geld mehr, ich verlange eine Entschädigung. Ich bestehe darauf, dass Recht gesprochen wird, denn diese Männer haben das Leben meiner Kinder mit Füßen getreten. »*

c) Das Recht auf Entschädigung

Der Anspruch auf vollständige und effektive Entschädigung, der im internationalen Recht verankert ist, umfasst mehrere Formen, insbesondere das Entrichten einer Wiedergutmachung. Die Grundprinzipien und Leitlinien bezüglich des Anspruchs auf Rechtsschutz und Wiedergutmachung betonen vor allem, dass eine Wiedergutmachung geleistet werden sollte für Schäden wie beispielsweise:

- «a) physischer oder psychischer Schaden;*
- b) entgangene Chancen, einschließlich Erwerbstätigkeit, Bildung und Sozialleistungen;*
- c) materielle Schäden und Verdienstaussfall, einschließlich einer Minderung der Erwerbsfähigkeit;*
- d) immaterieller Schaden;*
- e) die Kosten für rechtlichen Beistand oder Sachverständigenunterstützung, Medikamente und Gesundheitsdienste sowie psychologische und soziale Dienste.»¹¹*

¹⁰ Ethnie aus dem Norden des Landes, zu der die Familie des Präsidenten Faure Gnassingbé gehört

¹¹ Prinzip 20 der Grundprinzipien und Leitlinien bezüglich des Anspruchs auf Rechtsschutz und Wiedergutmachung

Diese Notwendigkeit einer medizinischen und psychologischen Unterstützung zeigt sich am Fall von **Séwa AGBODJAN**. Dieser junge Mann von 22 Jahren wurde am 12. Februar 2005 von einer Kugel am Kopf getroffen, als er im Stadtviertel Bè Kpota in Lomé das Haus verließ, um eine Besorgung zu machen. Seit dem Vorabend gab es in der togoischen Hauptstadt Protestbewegungen, um gegen das für zwei Monate geltende Verbot jeglicher Demonstrationen in den Straßen zu protestieren. Dieses Verbot war offiziell ausgesprochen worden, um die nationale Trauer nach dem Tod von Präsident Gnassingbé Eyadema am 5. Februar 2005 zu respektieren.

Séwa AGBODJAN hat amnesty international im Juli 2006 berichtet: *«Es war ungefähr 10 Uhr morgens. Ich weiß nicht, wer geschossen hat, denn ich stand mit dem Rücken dazu.»* Er wachte im Universitätskrankenhaus CHU von Tokoin (einem Viertel in Lomé) wieder auf. Er hat 27 Tage im Koma gelegen und vier Monate im Krankenhaus verbracht. Der junge Mann war zu der Zeit Schweißer in der Ausbildung und gehörte keiner Partei an. Seit seiner Verletzung kann er wegen unaufhörlicher Kopfschmerzen nicht mehr arbeiten.

Seine Mutter hat amnesty international anvertraut, dass ihr Sohn seit seiner Verletzung *«Dinge vergisst, er weiß nicht mehr, wohin er seine Sachen legt.»* Sie hat beschlossen, im Namen ihres Sohnes Klage zu erheben.

«Ich will wissen, ob man meinen Sohn wieder in seinen gesunden Zustand zurückführen kann»

Die Mutter von Séwa AGBODJAN sagte amnesty international gegenüber: *«Man weiß nicht, was der Junge machen kann. Im Augenblick kann er auf Grund seines Gesundheitszustands nichts tun. Der Kopf macht den Menschen aus, aber der Mensch hat seinen Kopf nicht mehr. Ich klage, weil ich wissen will, was ich mit ihm tun soll. Ich erwarte von der Justiz, dass ich unser Recht einfordern kann. Ich will wissen, warum man auf ihn geschossen hat. Er hat nichts getan.»*

Abgesehen von dem Wunsch zu begreifen steht die ganze Zukunft dieses jungen Mannes auf dem Spiel; denn ein Arzt hat Medikamente verschrieben, aber die Familie hat nicht die Mittel, sie zu kaufen. Seine Mutter will wissen, ob man ihren Sohn *«wieder in seinen gesunden Zustand zurückführen kann»*, und sie hat hinzugefügt: *«Alles, was er braucht, um überleben zu können, die Justiz muss sich darum kümmern.»*

François AGBOLI, Fahrer eines Sattelschleppers, möchte eine Entschädigung erhalten für den Schaden, den man ihm zugefügt hat und der ihn für sein ganzes Leben behindert hat. François AGBOLI wurde am 27. Februar 2005 durch eine Kugel verletzt. An diesem Tag fand eine Protestdemonstration statt, zu der Frauenorganisationen aufgerufen hatten. Er musste an dem Tag nach Lomé fahren, um eine Lieferung Zement dorthin zu transportieren. Er berichtete der Delegation von amnesty international Folgendes:

«Am Sonntag, dem 27. Februar, habe ich Tagbligbo, das 155 km von Lomé entfernt ist, in Richtung Aného verlassen. Ich bin um 4 Uhr morgens losgefahren und um 6 Uhr morgens in Lomé angekommen. Ich wusste nicht einmal, dass es Unruhen in Lomé gab. Wir sind im Stadtviertel Bè angekommen, ich war mit Lehrlingen unterwegs. Um 9 Uhr, während die Lehrlinge den Zement abluden, sah ich plötzlich Fahrzeuge mit Militärs, die auf demonstrierende Leute schossen. Ich habe meinen Lehrlingen gesagt, sie sollten fliehen. Ich bin auf den Wagen gestiegen, um wegzufahren. Meine beiden Lehrlinge, Boukary FOUSSENI, 15 Jahre, und Kouamé KOUAKOU, 25 Jahre, wurden getötet, als sie versuchten, in den Anhänger des Lastwagens zu steigen. Ich wurde am Bein getroffen, man hat mich ins Krankenhaus gebracht, wo man mir ein Bein amputiert hat.»

«Ich will, dass man mir hilft, niemandem zur Last zu fallen»

François AGBOLI sagte amnesty international gegenüber: *«Ich will Klage erheben, weil ich nicht verstehe, warum die Militärs sich so betragen haben. Was haben wir Böses getan, um ein solches Schicksal zu verdienen? Es ist normal, dass man die Verantwortlichen vor Gericht stellt und dass man*

sie fragt, warum sie das getan haben. Die Schuldigen müssen bestraft und wir müssen entschädigt werden. Ich kann kein Fahrzeug mehr lenken, weil man mir ein Bein amputiert hat.»

Ayi SITTI, Fahrer eines Motorrad-Taxis, möchte auch entschädigt werden, damit er wieder Arbeit findet und ein normales Leben aufnehmen kann:

«Am 26. April 2005, gegen 12 Uhr, fuhr ich auf meinem Motorrad. Auf der Höhe von Fan Milk in Nykonakpoe sah ich überall Leute herumlaufen. Sie sagten mir: „Die Wahlergebnisse sind bekannt gegeben worden, man muss aufpassen, überall sind Soldaten“. Sie ergriffen Leute, auch Kinder. Sie nahmen mich fest. Es waren ungefähr 15 Soldaten in kakifarbenem Drillich. Sie fragten mich, woher ich käme. Ich antwortete ihnen, dass ich zu meiner Arbeit ginge. Sie sagten zu mir: „Ihr seid Schurken in diesem Viertel. Die Jungen sind dabei, die Häuser von den Leuten zu zerstören“. Einer von den Soldaten sagte daraufhin, dass sie mich nur schlagen sollten. Sie streckten mich zu Boden und schlugen mich mit ihren Schnüren und auch mit Knüppeln. Ich habe sie angefleht. Ein Soldat stellte einen Fuß auf meinen Hals, und sie haben mich weiter geschlagen. Sie haben eine Eisenstange genommen, die Speichen des Motorrads entfernt, und einer hat einen Knüppel genommen und damit auf meinen Kiefer geschlagen. Ich habe neun Zähne verloren und bin ohnmächtig geworden. Ich bin im Wagen vom Roten Kreuz aufgewacht, die mich ins Krankenhaus CHU in Tokoin gebracht haben.»

«Ich habe viel verloren. Ich möchte wieder etwas werden»

Ayi SITTI will Klage erheben und versuchen, sich wieder aufzurichten und einen Beruf zu finden. *«Ich leide immer noch unter Kopfschmerzen, vor allem wenn es kalt ist. In Togo gibt es keine Gerechtigkeit. Man muss Recht sprechen, wie es richtig ist, hoffe ich. Ich habe viel verloren. Ich möchte wieder etwas werden. Ich will entschädigt werden, um wieder ein Motorrad zu kaufen und einen Beruf auszuüben.»*

Das Recht auf eine effektive Wiedergutmachung ist besonders wichtig, wenn jemand getötet worden ist und eine Familie ohne Einkommen hinterlässt. Das ist der Fall bei der Witwe und den Kindern von Sitou Pierre Claver KOUBLENOU, Chauffeur im Ruhestand, 56 Jahre alt, der am 26. April 2005 in Atakpamé von den Sicherheitskräften getötet wurde. Da er unter Malaria litt, konnte er nicht wählen gehen und blieb bis zum Tag der Bekanntgabe der Wahlergebnisse zu Hause. Seine Frau berichtete amnesty international, wie er von Militärs niedergestreckt wurde, als er sich im Wohnzimmer ausruhte:

*«Am Dienstag [26. April 2005], gegen Mittag, hörten wir Schüsse. Wir schlossen uns alle im Schlafzimmer ein, mein Mann lag auf dem Sofa im Wohnzimmer, ihm war heiß. Sie schlugen die Tür ein, mein Mann erhob sich und sie schossen auf ihn. Die Eingeweide traten heraus, er nahm sie in seine Hände. Einige waren im Drillich, andere hatten T-Shirts an. Sie sagten: „Wir werden alles, was sich in diesem Haus bewegt, erledigen“. Sie haben um sich geschossen, auf dem Sessel und an den Mauern kann man noch Spuren von Einschüssen sehen. Mein Mann wurde am nächsten Tag zusammen mit zwei anderen getöteten Personen, **Papavi TOMEKPE** und **Koffi GATON**, begraben. Zunächst hatte der Dorfchef, der doch immerhin ein ehemaliger Freund meines Mannes war, sich geweigert, sie zu beerdigen, und Militärs verhinderten den Zugang zum Friedhof. Schließlich haben wir gewartet, bis sie weg waren, um sie beerdigen zu können.»*

«Diejenigen, die meinen Mann getötet haben, sollen die Mittel aufbringen, um für meine Kinder zu sorgen»

Die Witwe von Sitou Pierre Claver KOUBLENOU hat vor der Koffigoh-Kommission ausgesagt, seitdem aber nichts mehr davon gehört. Sie hat daher beschlossen zu klagen. *«Ich will nur verstehen, um dann ruhig sein zu können. Warum sind sie gekommen und haben meinen Mann getötet? Der Chef meines Mannes, der Kabye ist, hatte ihm vorgeschlagen, eine Karte der RPT zu nehmen. Er hatte sich geweigert, weil er mit Politik nichts zu tun haben wollte. Ich sage mir heute, wenn mein Mann diese*

Karte gehabt hätte, wäre er vielleicht nicht getötet worden. Der Tod meines Mannes führt dazu, dass alle Last auf mir liegt. Diejenigen, die meinen Mann getötet haben, sollen die Mittel aufbringen, um für meine Kinder zu sorgen.»

Mitglieder der Regierungspartei Rassemblement du peuple togolais (RPT), die Opfer von Gewalttaten geworden sind, welche während der Präsidentschaftswahl im April 2005 begangen wurden, wünschen gleichermaßen Entschädigungen zu bekommen. Anhänger von Oppositionsparteien haben in der Tat besonders Personen und Vermögen von RPT-Mitgliedern angegriffen. Teko René KUEVI-AKOE aus Aného, der den Verband der Opfer der RPT leitet, hat amnesty international berichtet: *«In der Region Aného gibt es keine politisch vorherrschende Partei. Ich bin erstaunt über die Reaktion meiner Gegner. In der Nacht des 22. April [2005] gab es Gerüchte, wonach die Wahlen manipuliert würden. In der Nacht vom 23. auf den 24. hat die Opposition ein Internetcafé zerstört, das sie geplündert hatten. Am 24. April sind die Wahlen ordentlich vonstatten gegangen. Bei uns hat es keine Fälschungen gegeben, also verstehe ich nicht, warum gegenüber der RPT randaliert wurde. Sie haben das Haus der Präsidentin der nationalen Frauenunion in Togo (UNFT) zerstört, sie haben den Wohnsitz des Sicherheitschefs („grand chancelier des ordres nationaux“) zerstört, das Hôtel de l' Union in Aného, wo die RPT Versammlungssäle mietet. Drei Frauen haben sich verteidigt, sie wurden angegriffen und auf dem Boden geschleift.»*

«Wir wollen Entschädigung»

Teko René KUEVI-AKOE hat beim Staatsanwalt von Aného Anzeige erstattet, aber sein Klageantrag wurde geschlossen auf Grund der Amnestie, die im März 2006 vom Ministerpräsidenten erlassen wurde. *«Wir sind Opfer gewesen, jetzt gibt es einen Erlass, der besagt: „Hört auf mit den Verfolgungen“. Wir sind damit einverstanden, aber wir wollen einen Ausgleich für die erlittenen Verluste. Wir wollen Entschädigung.»*

amnesty international hat die Zeugenaussagen anderer Opfer, Mitglieder der RPT, aufgenommen, so auch die eines Krankenpflegers, der im Krankenhaus von Atakpamé arbeitet, Essodiha Pascal HODABALO.

«Ich weiß nicht, warum sie mir das angetan haben, ich bin hier, um zu pflegen. Am Dienstag, dem 26. April zu Dienstschluss, ging ich hinauf, um Korn in meiner Mühle zu mahlen. Meine Frau sagte zu mir: „Es ist heiß“. Banditen verfolgten mich und sagten: „Der da, das ist einer von der RPT.“ Sie brachten mich zu meiner Mühle, gossen Benzin über sie und zündeten sie an. Ich töte nicht, ich heile, und sie schlugen mich. Sie nahmen mich mit zu ihrem Chef, sie entzündeten ein Feuer, sie erhitzten Buschmesser im Feuer und legten sie auf meinen Rücken. Sie banden mich an einen Baum und verbanden mir die Augen. Sie legten mir Reifen um den Hals und gossen Benzin darauf. Gott hat mich gerettet. Meine Zeit war noch nicht gekommen. Es kam ein junger Mann von 20 Jahren vorbei, er entriss ihnen die Streichhölzer und schaffte die Reifen weg. Man setzte mich in einen Krankenwagen und ich wurde medizinisch behandelt.»

„Die Täter hätten dem Alter nach meine Kinder sein können“

Essodiha Pascal HODABALO erstattete bei der Gendarmerie Anzeige und sagte vor der Koffigoh-Kommission aus.

«Ich weiß nicht, was ich ihnen angetan habe. Die Täter hätten ihrem Alter nach meine Kinder sein können, ich hätte sie zur Welt bringen können. Die Mühle ist verbrannt, das Unkraut sprießt. Das Bett ist noch immer kaputt. Heute gibt es keine Freundschaft mehr. Ich bin für den Schaden aufgekommen und ich habe nichts angerührt. Wer wird mich hören? Ich bin allein mit meinem Gott und ich danke Gott, dass er mir seit einem Jahr zu essen gibt. Gott hat mir das Unglück geschickt, ich ertrage es. Ich nehme das Unglück mit beiden Händen an wie das Glück.»

amnesty international hat mehrere Opfer getroffen, die Mitglieder der RPT sind und keine Klage erhoben haben, entweder da sie dies für aussichtslos hielten oder weil sie mit einer Entschädigung durch ihre Partei rechneten. Mehr als ein Jahr nach den Vorfällen ist offensichtlich nichts für diese Personen getan worden, die immer noch auf Entschädigung warten.

Dies ist insbesondere der Fall bei **Kpeni AKLE-ESSO**, dem Vorsitzenden der Bürger des Nordens in der Stadt Baguida.

« Am 26. April [2005] wurde ich von jungen Oppositionsanhängern zwischen 13 Uhr und 16 Uhr festgehalten. Es war eine ganze Menschenmenge da. Sie haben mich gefesselt und an den Strand gebracht. Sie haben mich geschlagen. Sie wollten mich töten und ins Meer werfen. Jemand holte die Gendarmen, die dazwischen gingen. Ein Krankenpfleger hat mich versorgt, ich war am linken Fuß und am Rücken verletzt. Man schlug mich mit einem Stock. Ich bekam auch Ohrfeigen. Sie haben versucht, mir den Fuß zu brechen ».

Kpeni AKLE-ESSO hat als Zeuge vor der Koffigoh-Kommission und der Untersuchungskommission der UN ausgesagt, aber er hat keine Klage eingereicht: *« Ich weiß nicht, wie ich Klage einreichen soll, weil ich von einer Menschenmenge angegriffen wurde. Ich habe mich bei der RPT beschwert, die dies zu Protokoll genommen hat. Ich will entschädigt werden. »*

Auch andere Opfer warten auf die Hilfe der Partei. Dies ist der Fall bei **Richard Kouakou ATTIPOE**, damals Koordinator der Präsidentschaftskampagne in Baguida und jetzt Minister für Jugend und Sport in der neuen Regierung, die im September 2006 gebildet wurde. Hier ist seine Zeugenaussage vor der Delegation von amnesty international im Juli 2006:

« Am 24. April [Tag der Präsidentschaftswahl] kamen alle Anhänger der RPT, die wählen gingen, mit Verletzungen durch Macheten und Steinwürfe zurück. Ich rief den Präfekten an, um Schutz zu erhalten und wählen gehen zu können, aber sie nahmen meine Anrufe nicht ernst. Um 16 Uhr ging ich im Wahllokal 179 wählen. Sobald ich aus dem Auto stieg, bewarf man mich mit Steinen, mein Fahrer wurde verletzt und flüchtete. Als ich das Wahllokal betrat, wurden 45 Minuten lang auch Steine auf mich geworfen. Ich war ganz in weiß gekleidet und so ein perfektes Ziel. Sie warfen mit Molotowcocktails, um das Wahllokal in Brand zu stecken, sie haben Feuer entfacht, um mich zu ersticken, ich war voller Blut, mein Fahrer kam zurück und ich konnte fliehen. Die Menge verfolgte mich mit den Worten: „Wir wollen seinen Kopf, wir wollen seinen Arm“. Die Sicherheitskräfte gingen mit Tränengaswerfern dazwischen. »

Richard Kouakou Attipoe hat amnesty international erklärt, warum er sich entschieden habe, keine Klage einzureichen: *« Alle Informationen sind bei der Parteizentrale zentralisiert, die Partei muss etwas tun. Wenn ich Klage einreiche, wäre meine Sicherheit stärker gefährdet, ich fürchte Repressalien gegen meine Familie. Was habe ich davon, wenn man sie ins Gefängnis wirft? Wenn man anfängt zu bestrafen, muss man das weiter zurückverfolgen, die Gewalt reicht sehr weit zurück. »*

Ein anderes Opfer der RPT hat gegenüber amnesty international angedeutet, dass er nicht alleine, aber vielleicht gemeinsam Klage einreichen wollte. Er wurde während des gleichen Angriffs, dessen Opfer auch Attipoe war, verletzt und unterstrich, dass er vor der Koffigoh-Kommission ausgesagt habe. *« Seitdem nichts. Man weiß nicht, was passieren wird. Ich will nicht alleine Klage einreichen, aber vielleicht gemeinsam. Die vorangegangenen Wahlen sind gut verlaufen. Ich hätte nicht gedacht, dass solche Gewalt möglich ist. »*

Das Recht auf umfassende und effektive Wiedergutmachung ist nicht nur auf Entschädigungs- und Rehabilitierungsmaßnahmen begrenzt, sondern umfasst auch einen wesentlichen Bestandteil, der auf die Verhinderung der Wiederholung von Menschenrechtsverletzungen abzielt. Dies wird in den Grundprinzipien und Leitlinien bezüglich des Anspruchs auf Rechtsschutz und Wiedergutmachung als *« Garantien der Nichtwiederholung »* bezeichnet. Diese beinhalten wesentliche Reformen, die darauf abzielen, vor allem eine wirksame zivile Kontrolle der Militär- und Sicherheitskräfte, die Stärkung der Unabhängigkeit der Richterschaft, den Schutz von Angehörigen der Rechts-, Heil- und

Gesundheitsberufe und von Menschenrechtsverteidigern sowie Bildungsprogramme über die Einhaltung der Menschenrechte für Strafverfolgungsbeamte sowie Militär- und Sicherheitskräfte sicherzustellen.¹²

Diese Garantien der Nichtwiederholung können dazu beitragen, die Furcht der Bevölkerung davor zu verringern, wieder Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu werden, und sie können ein Ende der Straflosigkeit ermöglichen. Die Garantien der Nichtwiederholung sind besonders wichtig in einem Land wie Togo, wo schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen anlässlich jeder wichtigen Wahl begangen werden. Wie es **KOMAHE CESSI James III**, traditioneller Chef im Dorf Nimagna, (einige Kilometer von Aného entfernt), dessen Habe am 24. April 2005, dem Tag der Präsidentschaftswahl, von Oppositionsanhängern zerstört wurde, gegenüber amnesty international ausdrückte: *«Ich habe Klage eingereicht, weil in einem Staat keine Straflosigkeit herrschen darf. Die Leute werden sich andernfalls erheben und selbst für Gerechtigkeit sorgen. Die Straflosigkeit kann zur Wiederholung solcher Taten in unserem Land ermutigen. Was das Rundschreiben des Premierministers angeht, so bin ich damit nicht zufrieden. Es klingt, als ob diejenigen, die diese Taten begangen haben, den Mut haben werden, sie zu wiederholen, und eines schönen Tages dafür amnestiert werden.»*

V. REAKTION DER TOGOISCHEN REGIERUNG

Das vorliegende Dokument sollte während einer Pressekonferenz in Lomé am 26. November 2006 veröffentlicht werden. Drei Tage vor der Publikation dieses Dokuments bat die togoische Regierung amnesty international um „eine angemessene Frist, um sich aufdrängende Einwände formulieren zu können“. In dem Bemühen, einen konstruktiven Dialog mit den togoischen Behörden aufrecht zu erhalten, akzeptierte amnesty international, die Publikation des Dokuments zu verschieben.

Am 11. Dezember 2006 ließ das Präsidialamt der Republik amnesty international ein zwölfseitiges, von Staatsminister Edem Kodjo unterzeichnetes Schreiben zukommen. In ihrer Antwort weisen die togoischen Behörden auf Maßnahmen hin, die ergriffen wurden, um „das Personal der Sicherheitskräfte zu verstärken“, die Sicherheitskräfte auszubilden und „die togoischen Streitkräfte FAT in das Leben der Nation zu integrieren“. Außerdem erwähnen sie weitere institutionelle Reformen vor allem hinsichtlich der Modernisierung der Justiz.

amnesty international bedauert allerdings, dass dieses Schreiben nicht auf das Bedürfnis der Opfer nach Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung eingeht, dem die Organisation in ihrem Dokument Ausdruck verliehen hat.

Während die togoischen Behörden nicht Stellung beziehen zu den im Bericht von amnesty international aufgeführten Tatsachen, rechtfertigen sie freilich die Nichterfüllung ihrer Verpflichtung, gerichtlich gegen die mutmaßlichen Verursacher der im Jahr 2005 begangenen Menschenrechtsverletzungen vorzugehen, indem sie juristisch unzulässige Argumente vorbringen:

- Die Behörden betonen zunächst „die tatsächliche Schwierigkeit, mit der sich jede ernstzunehmende Bemühung konfrontiert sieht, die darauf abzielt, die Verantwortung der Sicherheitskräfte als Institution oder im Einzelfall, die des militärischen Personals zu begründen“.
- Die Behörden fügen hinzu, dass, „was in offensichtlicher Form ‚militärisch‘ zu sein scheint, sich sehr häufig als Täuschungsmanöver von Gruppen von Gaunern erweist, unternommen, um die Opfer in ihrer Wahrnehmung zu beeinflussen (Bekleidung, Waffen, bisweilen frisierte Wagen oder gefälschte Autokennzeichen)“.
- Im übrigen rechtfertigt das Schreiben ausführlich die Herausgabe des Rundbriefs vom 10. März 2006 (siehe Seite 2 des vorliegenden Dokuments), indem es darauf verweist, dass der

¹² Siehe Prinzip 23 der Grundprinzipien und Leitlinien bezüglich des Anspruchs auf Rechtsschutz und Wiedergutmachung

Brief aufgrund einer Empfehlung des UNHCR verabschiedet worden sei, um die Rückkehr der ins Ausland Geflohenen und der Binnenflüchtlinge zu fördern.

amnesty international ist auch irritiert über den Ton dieses Schreibens. So fragen sich die togoischen Behörden, „*welches die wahre Motivation des Berichts und des für seine Veröffentlichung gewählten Moments*“ sei. In ihren einführenden Bemerkungen äußern die Behörden, dieses Dokument „*scheine [ihnen] nicht dazu angetan, den in Gang gesetzten Prozess zu konsolidieren, sondern vielmehr den im Land vorherrschenden Frieden und die Ruhe, mit der im Augenblick der Prozess der nationalen Versöhnung sich vollzieht, zu stören.*“ Die togoischen Behörden zeigen sich abschließend „*besorgt über diesen unnützen, ausufernden und vorsätzlich polemischen Angriff*“.

Abgesehen davon, dass diese Unterstellung durch die Gesprächsbereitschaft von amnesty international und vor allem durch die Entscheidung, die Veröffentlichung des Berichts im letzten Moment aufzuschieben, völlig entkräftet wird, bedauert unsere Organisation zutiefst, dass die togoischen Behörden überhaupt nicht darum bemüht zu sein scheinen, dem von den Opfern aller politischer Ausrichtungen, die amnesty international getroffen hat, geäußerten Bedürfnis nach Wahrheit und Gerechtigkeit nachzukommen.

Während alle Beteiligten und Beobachter der togoischen Krise darin übereinstimmen, dass die Tatsache der Straflosigkeit eines der zu lösenden grundsätzlichen Probleme ist, stellt amnesty international enttäuscht fest, dass die togoischen Behörden in ihrem Schreiben keiner konkreten Verpflichtung nachkommen, um gerichtlich gegen die mutmaßlichen Verursacher der im Jahr 2005 begangenen Gewalttaten vorzugehen. Die Organisation bedauert außerdem, dass die togoischen Behörden in ihrer offiziellen Reaktion den Kampf von amnesty international gegen die Straflosigkeit offenbar als „*heute zur ‚Geschichte‘ gehörend, das heißt als völlig überholt*“ einschätzen.

VI. SCHLUSSFOLGERUNG

Während der gesamten Mission in Togo im Juli 2006 war die Delegation von amnesty international beeindruckt von der Entschlossenheit der Opfer auf allen Seiten, Wiedergutmachung zu erlangen und zu verstehen, wie solche Gewalttätigkeiten während der Übergangszeit nach dem Tod von General Eyadema geschehen konnten.

Es ist dieses Bedürfnis nach Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung, das sie dazu bewogen hat, Klage einzureichen trotz des Risikos, das ein solcher Schritt in einem Land bedeutet, wo regelmäßig Menschen (Journalisten, Menschenrechtsverteidiger oder einfache Bürger), die Menschenrechtsverletzungen zur Anzeige gebracht haben, bedroht, eingeschüchtert oder sogar festgenommen und misshandelt wurden; einige von ihnen wurden dazu gezwungen, ins Exil zu gehen.

Es ist jetzt die Aufgabe der neuen Regierung der nationalen Einheit, entstanden aus einer grundsätzlichen politischen Übereinkunft und unter anderem mit dem Ziel, die Straflosigkeit « auszumerzen », auf diese Hoffnungen und Erwartungen der Opfer der Gewalttätigkeiten von 2005 zu reagieren, deren Stimmen amnesty international in diesem Bericht publik macht.

Die togoischen Behörden sind es sich schuldig, auf die Forderungen der Opfer zu reagieren und sicherzustellen, dass die Justizbehörden beschleunigt Untersuchungen in allen ihnen zur Kenntnis gebrachten Fällen durchführen und die Täter strafrechtlich verfolgen. Die togoischen Behörden sind auch gehalten, Untersuchungen in allen Fällen von Menschenrechtsverletzungen einzuleiten, auch wenn es keine Anzeige der Opfer oder ihrer Eltern gibt, und zwar unter Einhaltung der entsprechenden internationalen Regeln, besonders der Grundsätze zur wirksamen Verhinderung von extralegalen, willkürlichen und summarischen Hinrichtungen und zur effektiven Untersuchung dieser Hinrichtungen.¹³

¹³ Grundsatz 9 der Grundsätze zur wirksamen Verhinderung von extralegalen, willkürlichen und summarischen Hinrichtungen und zu Mitteln der wirksamen Untersuchung dieser Hinrichtungen lautet wie folgt: « Eine

amnesty international ruft die togoischen Behörden auf, eine klare Botschaft an die Polizei- und Justizbehörden zu senden, Opfer, die Anzeige erstattet haben oder dies in naher Zukunft tun werden, ebenso zu schützen wie Zeugen und alle anderen Personen, die zur Zusammenarbeit mit den Behörden bereit sind. amnesty international ist überzeugt, dass ein angemessener Schutz gegenüber jedweder Bedrohung mit Repressalien von höchster Wichtigkeit ist. Tatsächlich wurden in der Vergangenheit zahlreiche Zeugen, Opfer und Menschenrechtsverteidiger Zielscheibe versuchter Einschüchterungen und Bestechungen, um sie zu falschen Zeugenaussagen oder zur Weigerung, vor internationalen Ermittlern auszusagen, zu bewegen.¹⁴

Die togoischen Behörden müssen auch Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, dass die Art von Gewalttätigkeiten, die bisher bei jeder Wahl auftrat, sich nicht mehr wiederholt, insbesondere während der nächsten Parlamentswahl, die für Juni 2007 geplant ist.¹⁵

In diesem Zusammenhang müssen zwei Institutionen schnellstens reformiert werden: das Justizsystem und die Sicherheitskräfte. Während die Reform des Justizsystems mit dem Ziel, die Justiz unabhängiger von den Machthabern zu machen, seit 2005 zumindest begonnen wurde, wurde die unerlässliche Reform der Sicherheitskräfte offensichtlich bisher noch immer nicht in Angriff genommen, trotz Aufrufen der Vereinten Nationen, von amnesty international und der Nationalen Unabhängigen Sonderuntersuchungskommission. Die Notwendigkeit der Reform der Sicherheitskräfte ist mittlerweile offiziell als eine der vorrangigen Aufgaben der neuen Regierung der nationalen Einheit anerkannt.¹⁶

Zweifellos waren die Umstände noch nie so günstig, um endlich die Straflosigkeit in Togo zu beenden. Eine bedeutende Opfergruppe hat sich entschlossen, Klage einzureichen, alle politischen Parteien sind zu der übereinstimmenden Erkenntnis gelangt, dass die Straflosigkeit beendet werden muss, und die neuen togoischen Behörden haben öffentlich ihren Willen bekräftigt, Licht in das Dunkel der Ausschreitungen in der Vergangenheit zu bringen. Diesen Worten müssen jetzt Taten folgen, um eine friedliche und dauerhafte Lösung der togoischen Krise zu ermöglichen.

VII. EMPFEHLUNGEN

amnesty international ruft die togoischen Behörden auf:

umfassende und unparteiische Untersuchung wird unverzüglich in allen Fällen eröffnet, in denen der Verdacht auf extralegale, willkürliche und summarische Hinrichtungen besteht, einschließlich solcher Fälle, in denen Anzeigen von Familienangehörigen oder glaubwürdige Informationen Anlass zu der Vermutung geben, dass es sich um einen nicht-natürlichen Tod handelt. »

¹⁴ Grundsatz 15 der Grundsätze zur wirksamen Verhinderung von extralegalen, willkürlichen und summarischen Hinrichtungen und zur effektiven Untersuchung dieser Hinrichtungen lautet: « *Die Anzeigerstatter, Zeugen, mit der Untersuchung beauftragten Personen und ihre Familien genießen Schutz gegen Gewalttätigkeiten, Bedrohung mit Gewalt oder jede andere Form der Einschüchterung. Personen, die in extralegale, willkürliche und summarische Hinrichtungen verwickelt sein könnten, werden von jeder Aufgabe entbunden, die es ihnen ermöglicht, eine direkte oder indirekte Weisungsbefugnis über die Anzeigerstatter, Zeugen und ihre Familien oder mit der Untersuchung beauftragte Personen auszuüben* ».

¹⁵ Siehe vor allem die von amnesty international nach den Gewalttätigkeiten anlässlich der vorangegangenen Wahlen veröffentlichten Berichte : *TOGO : Une ère nouvelle pour les droits de l'homme ?* , 15. September 1994, Index ai : AFR 57/002/1994 ; *TOGO : État de terreur*, 5. Mai 1999, Index ai : AFR 57/001/1999 ; *TOGO : Un scrutin marqué par une escalade de la violence*, 6. Juni 2003, Index ai : AFR 57/005/2003 ; *TOGO : L'Histoire va-t-elle se répéter ?* , 20. Juli 2005, Index ai : AFR 57/012/2005.

¹⁶ In der Marschroute für die neue Regierung der nationalen Einheit stellt die allgemeine politische Übereinkunft klar, dass es eine der vorrangigen Aufgaben der neuen Regierung sein wird, « *die Maßnahmen zum Schutz von Personen und Sachen auf dem gesamten Staatsgebiet zu stärken und auf eine strikte Einhaltung republikanischer Normen zum Eingreifen der Sicherheitskräfte bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu achten* ».

- eine unparteiische, unabhängige und umfassende Untersuchung aller bereits eingereichten oder noch einzureichenden Klagen in Folge der Gewalttätigkeiten von 2005 einzuleiten, um die Täter zu identifizieren und sie der Justiz zu überstellen, entsprechend den Grundsätzen über die wirksame Verhinderung von extralegalen, willkürlichen und summarischen Hinrichtungen und zur effektiven Untersuchung dieser Hinrichtungen;
- sicherzustellen, dass die Opfer dieser Verletzungen und Angriffe auf die Menschenrechte und ihre Familien umfassende Wiedergutmachung erhalten, in Form von Entschädigung, Schadenersatz, Genugtuung, Rehabilitation und einer Garantie der Nichtwiederholung, entsprechend den Grundprinzipien und Leitlinien bezüglich des Anspruchs der Opfer von offensichtlichen Verletzungen der internationalen Menschenrechtsnormen und schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht auf Rechtsschutz und Wiedergutmachung;
- das Rundschreiben vom Mai 2006 zurückzunehmen, damit die Gerechtigkeit ungehindert ihren Gang gehen kann;
- sicherzustellen, dass Opfer, die Klage eingereicht haben oder dazu bereit sind, ebenso wie Zeugen und alle Personen, die bereit sind, mit den Polizei- und Justizbehörden zusammenzuarbeiten, geschützt werden gegen jegliche Bedrohung und Einschüchterung, entsprechend den Grundsätzen zur wirksamen Verhinderung von extralegalen, willkürlichen und summarischen Hinrichtungen und zur effektiven Untersuchung dieser Hinrichtungen;
- sicherzustellen, dass die Kautionsregel, die von Klägern als Voraussetzung für die Einleitung der Untersuchung verlangt wird, so festgesetzt wird, dass sie kein Hindernis darstellt für die Eröffnung strafrechtlicher Ermittlungen;
- vor allem im Hinblick auf die nächsten Wahlen explizit und eindeutig klarzustellen, dass keine Ausschreitungen geduldet werden und dass die Verantwortlichen, Mitglieder der Sicherheitskräfte oder ziviler bewaffneter Banden, für ihre Taten strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden;
- die laufende Justizreform ebenso wie die Reform der togoischen Sicherheitskräfte zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen, damit die Straflosigkeit beendet wird und neue Ausschreitungen verhindert werden;
- unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Mitglieder der togoischen Sicherheitskräfte umfassend in Menschenrechten und humanitärem Völkerrecht sowie in ihrer Verpflichtung ausgebildet werden, die Menschenrechte einzuhalten und zu schützen; dies beinhaltet insbesondere auch die Ausbildung zur Einhaltung des Verhaltenskodex für Strafverfolgungsbeamte und der Grundprinzipien über die Anwendung von Gewalt und Feuerwaffen für Strafverfolgungsbeamte.

amnesty international ruft die internationale Gemeinschaft und vor allem die Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf:

- die togoischen Behörden an die Notwendigkeit der Einleitung von Untersuchungen über bereits eingereichte oder demnächst einzureichende Klagen zu erinnern;
- gegenüber den togoischen Behörden darauf zu bestehen, dass es sich um eine Gelegenheit handelt, Versöhnung und eine dauerhafte Lösung für die togoische Krise herbeizuführen und neue Ausschreitungen bei den nächsten Wahlen zu verhindern;
- die bereits eingeleitete Justizreform zu unterstützen und die Reform der Sicherheitskräfte zu fördern, die für die Herstellung des Rechtsstaats in Togo erforderlich ist.